



28. März 2006

Energieperspektiven 2035: Werkstatt-Gespräch für die Medien vom 28.03.2006

Speaking Note Walter Steinmann (es gilt das gesprochene Wort)

003769305

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir haben Sie heute zu einem Werkstatt-Gespräch eingeladen. „Werkstatt“ darum, weil wir noch in den Arbeiten zu den Energieperspektiven stecken, uns aber der wichtigen Schlussphase nähern. Und Werkstatt-Gespräch darum, weil wir nicht in einer geschlossenen oder gar geschützten Werkstatt arbeiten, sondern offen und transparent informieren. Seit dem Start des Projekts werden sämtliche Berichte und Gutachten auf Internet zugänglich gemacht (www.energie-perspektiven.ch): Denn wir halten es für absolut notwendig, den öffentlichen Dialog zu suchen, ja zu fördern. Wir wollen einen Input zu einer breiten Debatte leisten, an der sich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam beteiligen sollen. In einer Demokratie kann nur richtig entscheiden, wer umfassend informiert ist. Früher oder später wird das Volk Weichenstellungen in unserer Energiepolitik vorzunehmen haben. Wir wollen für diese Entscheidvorbereitung nicht nur die Fakten der bisherigen Energieversorgung darstellen sondern mittels Szenarien auch aufzeigen, dass wir – wenn wir in Zeiträumen von dreissig Jahren denken – auch bestimmte Wahlmöglichkeiten haben. Das Volk kann im magischen Dreieck Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschonung also durchaus die Weichen Richtung mehr ökologischer Nachhaltigkeit stellen, wenn ihm dies Anliegen ist.

Sie als Vertreterinnen und Vertreter der Medien nehmen in diesem jetzt beginnenden Dialog eine wichtige Rolle ein. Es liegt uns deshalb sehr daran, Sie frühzeitig und umfassend über die laufenden Arbeiten zu informieren, Ihnen die Grundlagen und Zusammenhänge darzulegen und Ihnen für alle Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Weshalb macht der Bund überhaupt eigene Energieperspektiven für die nächsten Jahrzehnte und warum gerade jetzt? Und warum tun das gleichzeitig viele andere, etwa Shell, AXPO, ExxonMobil, der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke), die schweizerischen Umweltorganisationen auch?

Die Antwort ist einfach: Energie stösst mehr und mehr ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Alle Akteure wollen bereit sein, wenn wichtige Weichen zur Sicherung unserer Energiezukunft gestellt werden.

Dies hat gute Gründe:

1. Die Zeit des billigen Öls ist wohl vorbei: die Preise sind gestiegen, die Nachfrage insbesondere von neuen Industrieländern wie China und Indien nimmt rapide zu. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die wichtigsten Oelreserven auf einige wenige Ländern konzentrieren, deren politische Stabilität teils unsicher ist. Die Gefahr besteht, dass ein Verteilungskampf um die Energieressourcen entsteht, wenn nicht rechtzeitig Lösungen für die Energiezukunft gefunden werden.



2. Die Nutzung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle setzt CO₂ frei. Bereits jetzt spüren wir die Auswirkungen des dadurch verursachten Klimawandels. Bis 2050 könnte die Temperatur im Alpenraum um 1 bis 2°C ansteigen, verbunden mit geringeren Niederschlägen im Sommer und stärkeren Niederschlägen im Winter. Die Schweiz hat sich zur Einhaltung von CO₂-Zielen verpflichtet. Die Schweiz muss sich mit Blick auf die Energieversorgungssicherheit sowie die Klimapolitik jetzt auch die Frage stellen: Welche Ziele wollen wir uns nach Ablauf der Kyoto-Periode für eine neue Verpflichtungsperiode vorgeben?
3. Die letzten dreissig Jahre zeigten es auch in unserem Lande: Bevölkerungszunahme, Wirtschaftswachstum, grössere Wohnungen, mehr und neue Geräte sowie immer mehr Mobilität führen ohne zusätzliche staatliche Lenkungs-Massnahmen zu einem Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs. Soll und kann der künftige Energieverbrauch vom Staat beeinflusst werden?
4. Auch der Stromverbrauch von Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Haushalten wächst weiter an. In den vergangenen Jahren betrug der Anstieg zwischen 1 und 2% pro Jahr und dieser Trend wird ohne zusätzliche Massnahmen auch in den kommenden Jahren anhalten. Ohne griffige staatliche Energieeffizienz-Massnahmen wird die Schweiz bis 2035 zwei zusätzliche Kernkraftwerke brauchen.
5. Langfristig stehen wir vor einer gewaltigen Stromlücke, wenn wir nicht jetzt Kurskorrekturen vornehmen. Bereits jetzt stossen wir mit den inländischen Produktionskapazitäten an Grenzen. Im letzten Jahr betrug der Landesverbrauch 61'298 GWh bei einer Landesproduktion von 59'318 GWh: damit war der Landesverbrauch erstmals grösser als die Inlandproduktion. Selbstverständlich können wir uns trösten, dass 2005 ein aussergewöhnliches Jahr war - das Kernkraftwerk Leibstadt stand einige Monate still und wegen der Trockenheit war die hydrologische Stromproduktion vermindert – aber es zeichnet sich ab, dass wir nach 2010 sehr wohl in einzelnen Wintern mit ähnlichen Engpässen konfrontiert sein könnten. Gleichzeitig sehen wir Engpassentwicklungen auf beinahe sämtlichen europäischen Strommärkten, sodass die Hoffnung auf Zusatz-Importe zu akzeptablen Preisen klein ist.
6. Gegen 2020 zeichnen sich andauernde Strom-Versorgungslücken ab: Die Kernkraftwerke Beznau I und II sowie Mühleberg werden um das Jahr 2020 vom Netz gehen. Praktisch gleichzeitig laufen die ersten langfristigen Strombezugsverträge der Schweiz mit Frankreich aus. Es stellt sich die Frage, wie die dadurch entstehende Angebotslücke geschlossen werden soll.
7. Wir stehen also vor politisch hochbrisanten Entscheiden in der Energiepolitik, insbesondere bezüglich unseres künftigen Strom-Mixes. Welche Energieträger stehen im Vordergrund? Welchen Beitrag können die neuen erneuerbaren Energien liefern? Wie können wir Geothermie, Photovoltaik, Biomasse und Holz im Strom-, Wärme- sowie Treibstoffbereich optimal fördern? Welchen Beitrag kann eine höhere Energieeffizienz leisten? Soll die Stromproduktion auch künftig mehrheitlich im Inland erfolgen? Müssen wir allenfalls in einer Übergangsphase auf fossil-thermische Stromproduktion setzen, um die Versorgungssicherheit zu garantieren? Was müssen wir tun, um den CO₂-Ausstoss trotzdem nicht anwachsen zu lassen und nach Kyoto glaubwürdig neue Ziele anzuvisieren?
8. Daneben gibt es weitere Fragen, deren Beantwortung bereits in den eidgenössischen Räten begonnen hat: Wie soll der Schweizer Strommarkt im Hinblick auf die Versorgungssicherheit künftig organisiert und reguliert werden? (>> Stromversorgungsgesetz StromVG) Welche Rahmenbedingungen sollen für den grenzüberschreitenden Stromhandel gelten? (>> Revision Elektrizitätsgesetz EleG) Welche Strategie soll die Schweiz bezüglich Förderung der inländischen Wasserkraft verfolgen? Wie soll die Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien gefördert werden? (>> Revision Energiegesetz EnG)



Es stellen sich also viele Fragen. Die Politik braucht sorgfältig und umfassend aufgearbeitete Entscheidungsgrundlagen, um Antworten auf diese Fragen geben zu können. Die Motivation für die Energieperspektiven ist damit klar. Aber wieso greift der Bund nicht einfach auf die Daten der zahlreichen anderen Perspektivstudien zurück?

Dies liegt einerseits an den verschiedenen Ansätzen der Arbeiten. Stromunternehmen wie die AXPO richten ihre Studien vorerst auf ihre Unternehmensinteressen aus (auch sie greifen einzelne Versorgungsfragen auf), sie beschränken sich aber ausschliesslich auf die Stromversorgung. Die Perspektiven internationaler Organisationen wie der IEA berücksichtigen zwar die gesamte Energieversorgung, sind aber zu global, als dass daraus Ergebnisse abgeleitet werden könnten, die unseren nationalen Fragen und Problemstellungen gerecht werden.

Der Bundesrat aber auch das Parlament müssen sich bei ihren Entscheiden auf wissenschaftlich solid basierte Grundlagen stützen können, in denen alle energierelevanten Politikbereiche berücksichtigt sind. Auch gilt es, mögliche Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekten aufzuzeigen. So fliessen in unsere Arbeiten die aktuellsten Zahlen aus dem Perspektivstab des Bundes zum Wirtschaftswachstum und zur Bevölkerungsentwicklung ein. Ebenso werden die Verkehrsperspektiven des UVEK und aktuellste Daten zur Klimaentwicklung eingearbeitet.

Organisation

Wie organisieren wir das Gesamtprojekt?

Die Arbeiten werden weitgehend durch externe Experten durchgeführt, von der Verwaltung begleitet und mit den interessierten Kreisen diskutiert:

Die "Arbeitsgruppe Energieperspektiven" unter Leitung des BFE begleitet die Arbeiten aus technisch-wirtschaftlicher Sicht. Darin vertreten sind Experten aus der Forschung (EPFL, ETHZ, Uni Bern), der Energiewirtschaft und den interessierten Bundesstellen.

Das "Forum Energieperspektiven" unter der Leitung von a.R. D. Schaer-Born nimmt aus politischer Sicht Stellung zu den Szenarien, beleuchtet Konsenspunkte und stellt auch fest, wo Differenzen und Gräben vorhanden sind. Vertreten sind im Forum die Kantone, politische Parteien, Wirtschaft, Energiewirtschaft und verschiedene Interessenverbände, u.a. des Umweltschutzes.

Zusätzlich haben wir im letzten Jahr das Projekt Jugendforum Energieperspektiven durchgeführt. Dabei haben wir sieben Schulklassen aus der ganzen Schweiz bei der Entwicklung ihrer eigenen Energie-Zukunftsszenarien begleitet. Auch Ihre Visionen und Forderungen werden in den Abschlussbericht zu den Energieperspektiven einfließen. Die Werthaltungen und Prioritätensetzungen der Jugend werden wertvolle Beiträge zu den bevorstehenden energiepolitischen Weichenstellungen in der Schweiz liefern.

Welche Ziele verfolgt der Bund mit den Energieperspektiven?

Unsere Energieversorgung entwickelt sich nicht schicksalhaft. Ganz im Gegenteil: In einem Zeitraum von dreissig bis fünfzig Jahren können wir Energieverbrauch und -angebot massgeblich durch unsere Energiepolitik leiten. Einerseits besteht die Möglichkeit, Angebot und Nachfrage durch Massnahmen zu beeinflussen, beispielsweise zur Verminderung des Energieverbrauchs, der CO₂-Emissionen oder zur Förderung der erneuerbaren Energien. Diesen massnahmenorientierten Ansatz verfolgen wir in den Szenarien I und II.

Noch konsequenter ist es, wenn die Energiepolitik Zielgrössen vorgibt, die innerhalb einer bestimmten Periode erreicht werden müssen. Die Massnahmenpakete müssen dann so ausgestaltet werden, dass



die gesetzten Ziele auch erreicht werden. Diesen zielorientierten Ansatz haben wir in den Szenarien III und IV eingesetzt.

Die weiteren Charakteristiken der verschiedenen Szenarien wird Ihnen im Anschluss Herr Martin Renggli vorstellen.

Ich möchte zuvor aber betonen, dass wir mit den Energieperspektiven nicht die Zukunft voraussagen können, wie sie im Jahr 2035 dann tatsächlich eintreten wird. Wir machen keine Prognosen, welche mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auch eintreffen werden. Wir erarbeiten Wenn-Dann-Aussagen: die Energieperspektiven zeigen, wie sich das Energieangebot und die Energienachfrage unter verschiedenen wirtschaftlichen, technischen, demographischen und energiepolitischen Rahmenbedingungen entwickeln könnten. Die Perspektiven erlauben, Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen.

Es sind also verschiedene Entwicklungen unserer Energieversorgung möglich und der Ball wird nach Abschluss der wissenschaftlichen Arbeiten bei der Politik liegen. Die Szenarien werden dabei eine wertvolle Diskussionsgrundlage bilden.